

Zeitschrift: Argovia : Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau

Herausgeber: Historische Gesellschaft des Kantons Aargau

Band: 112 (2000)

Artikel: Aus der Werkstatt des Staatsarchivs : die Erschliessung der Bestände des Bezirksamtes Rheinfelden 1999 und 2000

Autor: Kansy, Lambert / Máthé, Piroska R.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-16295>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Miszelle

Aus der Werkstatt des Staatsarchivs: Die Erschliessung der Bestände des Bezirksamtes Rheinfelden 1999 und 2000

1. Vorgeschichte(n)

Im Staatsarchiv «ruhen» bis auf Bremgarten die Bestände aller Bezirksamter seit 1803, kaum rudimentär verzeichnet oder sogar nur mit einem Aufstellungsplan versehen. Hingegen haben neuere historische Fragestellungen u.a. die Mikrohistorie gezeigt, dass das Schriftgut auf mittlerer Verwaltungsebene im 19. Jahrhundert Informationen bietet, die auch ergänzend zu möglichen lückenhaften Überlieferungen in Gemeindearchiven oder in den Departementbeständen des Staatsarchivs ausgewertet werden können. Denn die Tätigkeit der Bezirksamter von Anbeginn an als Vollzugs- und Untersuchungsorgan der Zentralverwaltung bestreicht sämtliche Verwaltungsgebiete inklusive den Strafvollzug, und bei der noch nicht ausgeprägten Departementalstruktur der kantonalen Verwaltung (bis 1852) bzw. vor dem Ausbau der Zentralverwaltung fielen ihnen Aufgaben der Zentralverwaltung zu – so z.B. das Passwesen, Gemeindefinanzen –, ganz abgesehen vom Vollzug späterer Bundeskompetenzen wie etwa Zoll, Mass und Gewicht oder Aufsicht über das Zivilstandswesen. Zudem ist der Bezirksamtmann seit 1942 Strafbefehlsrichter und untersteht in dieser Funktion dem Obergericht. Aus diesen Gründen beschlossen wir im Staatsarchiv, die Erschliessung der Bezirksamter mit Projektmitarbeitern an die Hand zu nehmen.

Dass die Wahl auf das Bezirksamt Rheinfelden als Modell für die Erschliessung der übrigen Bezirksamter fiel, hatte äussere und innere Gründe. Geplante Umbauten im Rathaus zu Rheinfelden für die Bedürfnisse von Stadt- und Bezirksgerichtsverwaltung erheischten 1996 und 1998 eine rasche Übernahme von ca. 81 lfm Akten des Bezirksamtes Rheinfelden. In diesen fand sich eine Spezialsammlung über den Ersten und Zweiten Weltkrieg mit Dossiertiteln wie «Kl. Grenzverkehr, Kriegsgefangene aus Deutschland entwichen 1942, Fremdenpolizei 1942–1949» oder «Flüchtlinge 1939–1945», d.h. Polizeirapporte über Flüchtlinge, die aus Rheinfelden D über den Rhein schwimmend aufgegriffen worden sind: russische, polnische, französische Zwangsarbeiter u.a.m. insbesondere aus den Alusuisse-Werken in Rheinfelden D,¹ also ein Bestand von Men-

¹ Dazu: Fremd und nicht freiwillig. Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenschaft in Rheinfelden-Baden und Umgebung 1940–45. Rheinfelder Geschichtsblätter 2 (1992).

schen über Menschenschicksale angelegt, die fünfzig Jahre später aus zeitgeschichtlicher und politischer Aktualität zeitweilig in den Brennpunkt des Interesses gerückt sind.

Da es leider noch keine Verwaltungsgeschichte des Kantons Aargau gibt,² mussten vorgängig die Gesetze und Weisungen für die Kompetenzen der Bezirksamtmänner und die Führung der Amtsarchive zusammengesucht werden. So leistet die Erschliessung der Bezirksamter auch einen Beitrag zur Verwaltungsgeschichte und zur aargauischen Archivlandschaft, und wie es sich im Verlauf der Bearbeitung gezeigt hat, einen Beitrag zur Geschichte der verschiedenen Fonds, die seit 1929 vor allem durch Walther Merz im Staatsarchiv als Altes Archiv (bis 1798 bzw. 1870) zusammengeführt, geordnet und verzeichnet worden sind.

2. Rekonstruktionen: Geschichte und Struktur des Bestandes

Der Bestand umfasst gut 90 lfm aus dem Zeitraum von 1803 bis 1980 und setzt sich aus drei Ablieferungen zusammen, die kaum dokumentiert sind. 1) 1944/1964: 2 lfm, provisorisch umgeschachtelt und nur durch Mappenaussenanschrift «verzeichnet», dazu 1 lfm Vereine unverzeichnet; 2) 1996: 24 lfm, mit angefangenem provisorischen Verzeichnis; 3) 1998: 64 lfm, ohne jedes Verzeichnis. Die Ablieferungen zwei und drei waren wegen ungünstigen klimatischen Verhältnissen im Stadtturm teilweise von Schimmel befallen und wurden deshalb vorsorglich begast, was eine intensive Nachreinigung erfordert. Die durch die Mehrfachtransporte wiederholt gestörten Bestände mussten in einem ersten Arbeitsgang zunächst grob sortiert und identifiziert werden. Ausgangs- und Anhaltspunkt war für uns bei diesem ersten Arbeitsdurchgang das Archivinventar der Bezirksverwaltung von 1915, mit Ablieferungs- und Kassationsvermerken vor und nach 1915 (BA 09/0210; s. unten), während für das Bezirksamt bis jetzt nur eine summarische Bestandesübersicht von 1854 zum Vorschein gekommen ist. Dabei wurde schon bei Stichproben evident, dass bei der Archivbereinigung von 1929 Merz nicht nur abgeschlossene Bestände wie die der Schaffnei Rheinfelden der Deutschordenskommende Beuggen (AA 7706–7747) ins Alte Archiv übernommen hat, sondern auch relativ systematisch Mappen mit Akten vor 1803 «geleert» hat. So enthielt z.B. die Mappe «Gemeinds- und Privatgrenzen nach Gemeinden geordnet 1535–» nur Akten aus dem Zeitraum 1803–1853 (BA 09/0208); die aus dem früheren Zeitraum sind in AA 6292 zu finden. Das gilt für sämtliche Akten der vorderösterreichischen Kameralkherr-

² Als erste Orientierung immer noch am besten die Abrisse in: 150 Jahre Kanton Aargau im Lichte der Zahlen 1803–1953. – Hrsg. vom Regierungsrat des Kantons Aargau. – Aarau: 1954.

schaft Rheinfelden (Fonds Fricktal B). Bis 1938 wurden die Akten aus der Zeit des kurzlebigen Kantons Fricktal 1802/03 von Georg Boner ins Helvetische Archiv eingeordnet und verzeichnet (HA 9497–9517). Bei der Archivbereinigung von 1944 und 1964 sind aus unverständlichen Gründen die Geschäftstagebücher der Bezirksverwaltung zur Vernichtung freigegeben worden, während andererseits die fürs Staatsarchiv vorgemerke Serien wie etwa Tagebücher des Töchterinstituts Olsberg 1826–1838 nun fehlen. Wiederum wurden Akten aus dem Zeitraum vor 1803 entweder ins Alte Archiv integriert – es sind nur physische a-Nummern, die im gedruckten Repertorium von Merz nicht einmal handschriftlich nachgetragen sind – oder dem Helvetischen Archiv angegliedert.

In Anbetracht der rudimentären bzw. nichtexistenten Erschliessung aller drei Ablieferungen ist der Entschluss gefallen, sie als eine Einheit zu behandeln und dementsprechend zu erschliessen – hingegen immer mit Nachweis der Ablieferungsgeneration. Die Grundlage für die Strukturierung des Bestandes bildete der Archiv- bzw. Registraturplan (Systematik der Amtsarchive), der 1838 für die Bezirksamter erlassen wurde (R01/KZ012/06) mit genauen Vorschriften für die Registratur und Archivierung, gegliedert nach Aufgabenbereichen des Amtes, gültig ab 1. Januar 1839. (Abb.) Diese Instruktion war die Folge einer umfassenden Erhebung bei den Ämtern und der evidenten Mängel in Registratur und Ablage. Zwar war schon 1812 eine Vorschrift für die Errichtung der Amtsarchive erlassen worden, nach der u.a. die Archive der Rechts- und Amts-vorgänger (bis 1803) als solche belassen werden sollten, die Amtsprotokolle mit Bezug auf zugehöriges Geschäftsschriftgut mit Numerus currens und Register geführt werden sollten. In Rheinfelden hat man wohl 11 Mappen («Theken») Österreich ausgeworfen, hingegen sämtliche Akten rückwirkend bis 1803 und weiter zurück (s. oben BA 09/0208) nach der Archivsystematik von 1838 geordnet – dem Augenschein nach sind die übrigen Ämter gleich verfahren, mit Ausnahme von Aarau, das das System erst 1876 einführte. 1876 hat die Regierung bzw. das Departement des Inneren dieses 1838-er-System erneut mit Nachdruck zur Anwendung vorgeschrieben (R04/KZ 1878 Nr. 52; vgl. DIA02/391), d.h. es wurde von der Oberbehörde ein Akten- und Archivmanagement befohlen, das auf eine Zeit zugeschnitten war, die vor den zwei kantonalen Verfassungsrevisionen und vor der Gründung des Bundesstaates bzw. der Bundesverfassungsrevision lag! Und im Fall von Rheinfelden wurde dieses System nochmals 1915 mit einer kleinen Ergänzung «Grundbuch» nochmals anbefohlen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Wohin mit Wahlunterlagen für National- und Ständeräte sowie eidgenössische Geschworene? Wohin mit Unterlagen für kantonale und eidgenössische Abstimmungen? Rheinfelden entschied sich mehrheitlich für die Kategorie «Beamte».

In diesen 1876–1878-er Jahren sollten unter der Aufsicht des DI Archivbereinigungen vorgenommen werden, von denen in Rheinfelden hingegen der

Nachweis fehlt; Rheinfelden selbst hatte vorgeschlagen, Akten der Gemeindeverwaltung mit Polizeifällen, des Armenwesens mit Armentransporten, des Bauwesens mit Beschwerden der Strassenwärter, Zuchtpolizeifälle – alle älter als 10 Jahre – sowie die Aufenthaltsbewilligungen älteren Datums zu vernichten (DIA02/391). (In Klammern sei angemerkt, dass dieses «Altpapier» sowohl bei den Ämtern wie bei den Direktionen jeweils verkauft wurde und somit der Erlös der eigenen Kasse zugute kam).

Die feingliedrige Sachsystematik beginnt sich um 1890 abzuschwächen, d.h. die Archivsignaturen werden nicht mehr durchgängig angebracht, es finden sich Ablagen nach Geschäften (Mappen, Faszikel mit Inhaltsverzeichnis) oder chronologische Ablagen mit Tagebuchnummern, oder es werden Mappen zeitlich wie sachlich wild durcheinander vollgestopft und geleerte Mappen «rezykliert»; z.B. enthielt die Mappe «Grenzen und Marchen 1854–1862» Akten des Armenwesens 1885–1912 (BA 09/0282) – wurden die Ämter an Material und Einrichtung für das Archiv von der Zentrale zu knapp gehalten? Die Persistenz der Systematik von 1838 richtete um 1900 im veränderten Aufgabenbereich der Bezirksamter eine Unordnung an – anders gesagt, die Unkenntnis oder noch schlimmer Gleichgültigkeit der Oberbehörde und insbesondere der für die Registratur primär zuständigen Staatskanzlei in Bezug auf den Funktionszusammenhang von Registratur und Kompetenz wie Aufgabenbereich erschwert nachträglich die prioritäre Arbeit der Archivare und Archivarinnen, nämlich die Erschliessung. Erst in den 1950-er Jahren lässt sich in Rheinfelden ein Übergang von der Sachsystematik hin zu einer chronologischen Ablage unter Angabe der Tagebuchnummer feststellen.

3. Der Bestand Ist und Soll

Die Tagebücher/Protokolle des Bezirksamtes sind von 1805 bis 1980 weitgehend erhalten, es fehlen die Jahre 1803–1804, 1823–1828, und 1879. Umfangreiche Lücken in den Akten/Sachgebieten liessen sich mit einer Ausnahme bislang nicht feststellen. Auffällig ist jedoch, dass teilweise einzelne Jahre/Jahrgänge komplett fehlen, andere stark ausgedünnt sind; eine Systematik lässt sich dabei aber nicht feststellen. Hingegen fehlen die Unterlagen zu Kataster/Grundbuch sowie zur Brandsekuranz – es gibt keine Lagerbücher – und das im ehemaligen Vorderösterreich, das für die aargauische Gebäudeversicherungsanstalt Vorbild gewesen ist! Auffällig ist ab den 1940-er Jahren die quantitative Zunahme der Kategorie Justiz und Polizei (J. + P.), die auf die zunehmende Konzentration der Tätigkeit des Bezirkamtmannes auf die Funktionen als Untersuchungsbeamter und Strafbefehlsrichter zurückzuführen ist.

Da man bei Bewertung bzw. Kassation nicht nur den Aktenbildner selbst, sondern die Bestände der Oberbehörden bzw. Nebenbehörden in Betracht ziehen muss, haben wir die Rechnungen der Bezirksverwaltung und der Verwaltung Olsberg kassiert, soweit sie sich als abgelieferte und passierte Rechnungen im Rechnungsarchiv der Finanzdirektion ab 1802/03 finden; ebenfalls die Akten des Rechnungswesens. Aus demselben Grunde sind die Belegände zu den Erbsteuerrechnungen 1865–1920 (aus der Bezirksverwaltung) nicht wie sonst üblich kassiert worden, da sie Kopien der Testamente enthalten; denn im Archiv des Bezirksgerichts Rheinfelden ist die Serie der eröffneten Testamente nur noch seit 1947 vorhanden – dies etwa im Unterschied zum Bezirksgericht Laufenburg, das eine lückenlose Reihe eröffneter Testamente seit 1802 bietet. Allfällige Unterlagen aus der Zeit vor 1802 sind analog zu den früheren Bereinigungen ins Alte Archiv verschoben worden, sofern sie nicht eindeutige Vorakten waren, da sie dort Bestände/Geschäfte ergänzen, selbstverständlich nun mit Querverweisen (s. unten).

Eine erfreuliche Überraschung bildeten vier Pläne, alle aus dem Jahr 1771. Im Staatsarchiv und im Fricktaler Museum zu Rheinfelden kennt man die schönen und für ihre Zeit exakten Gemarkungspläne einzelner vorderösterreichisch-fricktalischen Gemeinden aus den 70-er und 80-er Jahren des 18. Jh. von Garnie und Leimgruber, hingegen fehlten uns die Pläne über die herrschaftlichen Güter. Als Vorakten zu den Plänen der aargauischen Staatswaldungen sind nun zum Vorschein gekommen «Geometrischer Plan des Herrschaft-Rheinfeldischen Zeinigerbergs bei Zeiningen», aufgenommen von Leimgruber, «Geometrischer Plan des Unteren Herrschaft-Rheinfeldischen Forsts oder Zuffholz» (= Unterforst in Möhlin), aufgenommen von Leimgruber, und «Geometrischer Plan der sogenannten Herrschaft-Rheinfeldisch Kiss- und Hexenholzwaldung» (= Kiesholz in Wallbach und Möhlin), aufgenommen durch Leimgruber. Es fehlt hingegen noch der Oberforst-Plan. Nicht erkenntlich als Vorakte ist der «Grundriss über das sogenannte frick Thal», den Garnie 1771 kopiert hat, und der mit der rückseitigen Anschrift seinen Zweck besser kund tut: «Mappa über die Comerzial Strasse in der Herrschaft Rheinfelden». Er umfasst den Raum Mumpf-Sisseln im Norden und Rothenfluh/Oberhof-Bözberg/Schenkenberg im Süden, mit Strassen, Grenzmarchsteinen, Wegkreuzen, Fluren, Wald, Reben, Kirchen/Kapellen und Siedlungen. Er deckt damit Überlieferungs- und Wissenslücken ab, ist jedoch in einem deplorablen Zustand.

Im Bestand selber lässt sich ferner sehr schön die Bezirksverwaltung als Sonderbestand feststellen, der mit der zweiten Ablieferung ziemlich geschlossen hereingekommen ist, abgesehen eben von den von Boner ins Alte Archiv integrierten Akten (s. oben). Als solcher ist er belassen worden, denn verwaltungsgeschichtlich ist die bis jetzt kaum ins Blickfeld gerückte Bezirksverwaltung wirklich nicht identisch mit dem Bezirksamt. Der Bezirksverwalter unter-

stand von 1804 bis 1890 direkt der Finanzdirektion in der Funktion als Verwalter des Staatsvermögens und Einzüger der Staatseinkünfte im Bezirk, d.h. zunächst als Liquidator der Grundlasten und geistlichen Besitzes bzw. als Fondsverwalter, hier in Rheinfelden insbesondere als Verwalter der olsbergischen Güter. Mit der Aufhebung der Bezirksverwaltung als eigenständige Institution und ihrer Eingliederung in das Bezirksamt 1890 werden die Stellen des Amtrevisors und des Bezirksverwalters in Personalunion zusammengelegt. 1915 wurde in Rheinfelden das Archiv der Bezirksverwaltung, und zwar noch auf Kosten der Finanzdirektion, geordnet, d.h. die Aktenbüschel zu mehreren zusammengeknürt, mit nummerierten Klebeschildchen versehen und verzeichnet (s. oben). Beim Aufdröseln solcher Aktenpäckchen kann dann den Archivmenschen ein Kribbeln überkommen, Funde werden gewittert, die die archivische Erschliessungstätigkeit belohnen, indem sie Informationslücken auffüllen oder aufdecken können. So geschehen bei einem Paket (2/0533), bestehend aus fünf Aktenbüscheln, beschriftet als «Verwaltung Olsberg» und inventarisiert als «Verträge: Tausch, Käufe u. Verkäufe u.a. Kontrakte» o.D. Im ersten Aktenbüschel «Vergleich zwischen Kl. Olsberg und Stadt Basel betr. Abtretung von Klosterwaldungen 1664» (ist eindeutig zugehörig zu AA 8038) fand sich beim Durchblättern eine gefaltete Pergamenturkunde vom 29. Januar 1293. Mit ihr verleiht Lüthold II. von Röten, Dompropst zu Basel und Pfarrherr zu Magden, dem Kloster Olsberg den Zehnten zu Herspurg, der der Kirche Magden gehört, auf Lebenszeit. Die Schenkung ist ansonst nur kopial überliefert (U25/162).

Als weitere Sonderbestände sind zum Vorschein gekommen: Unterlagen der – ephemeren – Schweizerischen Steinkohlen-Bohr-Gesellschaft 1874–1878, die die ersten schweizerischen Tiefbohrungen im Weyherfeld bei Rheinfelden ausführte (mit Plan der Bohrstelle),³ sodann noch drei Mappen mit Unterlagen über die Rheingenossen 1820–1906, die den Hauptbestand im Alten Archiv aus dem Zeitraum 1493–1871 (AA 6466–6473) ergänzen. Der rheinfeldische Amtsschreiber hatte bei der Aktenabteilung Bauwesen 2: Flüsse, Schifffahrt, extra hingeschrieben «siehe Rheingenossen».

3. Bedeutung des Bestandes

Als Modellerschliessung für die übrigen Bezirksämter, wie ursprünglich gedacht, eignet sich Rheinfelden nicht besonders. Zu sehr waren die Bestandteile disparat und zu wenig dokumentiert. Ein Musterbeispiel höchstens insofern, als

³ Vgl. Fehlmann, H. Der Schweizerische Bergbau während des Weltkrieges, Bern 1919, S. 74 (Schweizerisches Volkswirtschaftsdepartement/Abt. für industrielle Kriegswirtschaft/Bergbau-bureau).

AMERICAN ARCHAEOLOGY

sich zeigt, wie mühsam lange liegengebliebene und unerschlossene Bestände zu erschliessen sind, zumal wie gesagt verwaltungsgeschichtliche Studien fehlen. Andererseits ist die Geschlossenheit der Überlieferung der Bezirksverwaltung geeignet, die mittlere Verwaltungsebene mithilfend zu rekonstruieren. Ebenso ermöglicht die weitgehende Vollständigkeit der Akten Einblicke in die Aufgaben, Kompetenzen, Strukturen und Vollzüge einer mittleren Verwaltungsstelle über den Zeitraum von mehr als 150 Jahren. Dieser Informationswert ist nicht zu unterschätzen. Die Besonderheit liegt beim Bestand des Bezirksamtes Rheinfelden im sog. Evidenzwert – dass und wie verwaltet wird –, und zwar in der verwaltungsgeschichtlichen Kontinuität über politische Brüche und Verfassungsänderungen in grossem Ausmaße hinweg. Dieser Umstand ist stark an die Person von Johann Baptist Ignaz Fischinger (1768–1844), ersten Bezirksamtmann von Rheinfelden (1803–1844; zugleich Bezirksrichter 1803–1831) gebunden. Geboren 1768 in Freiburg, studierte er Phil in Freiburg und dann 1788–1791 Jus an der Universität Wien, durchlief die juristische Kanzlistenkarriere und wurde 1797 Assistent beim Militäroberkommando der vorderösterreichischen Regierung und Kammer (Zentralverwaltung) in Freiburg. So lernte er die österreichische Aktenführungskunst und den Geschäftsgang kennen. Im November 1802 wurde Fischinger als Kanzleiverwalter und 1. Sekretär der fricktalischen Verwaltungskammer gewählt «in Erwägung, dass der Kanzleiverwalter und 1. Sekretär der Kammer vorzüglich ein Mann von Wissenschaft und Geschäftskenntnis, auch der französischen Sprache kundig seyn müsse».⁴ Formal lässt sich zwischen den Akten der Kameralherrschaft vor 1802 und des Bezirksamtes Rheinfelden nach 1803 kein Unterschied fest machen. Es wird ein Protokollum exhibitorum (Einreichungsprotokoll, Geschäftstagebuch mit jährweise Numerus currens) geführt, das eingegangene Schriftstück trägt rückseitig oben das Eingangsdatum (praes.) und die mit dem Geschäftstagebuch korrespondierende Geschäftsnummer; die Erhaltung der ausgehenden Schreiben (Konzepte, längsseitig hälftig beschrieben) ist vollständig, oben links das Rubrum (Betreff) und die Adresse, oben rechts die Geschäftsnummer mit Bezug auf das Geschäftstagebuch, das Datum (Abfassungsdatum) und Expeditionsdatum (Auslauf-, Abgangdatum: exp. eodem u.Ä.) mit Namenskürzel; Beilagen erhalten dieselbe Geschäftsnummer, versehen mit «ad». Als Archivarin war es so eine Freude und ein Leichtes, Akten der vorderösterreichischen Zentralverwaltung betr. Fricktal zu ordnen, ebenso ergeht es uns beim Ordnen der Akten

⁴ Protokoll der Verwaltungskammer 25. Nov. 1802, Nr. 17 (HA 9497). – Nachruf auf Fischinger, In: Der Schweizer-Bote 22. Febr. 1844 № 23 (= Nachlass C. Schröter NL.A152/4). – Vgl. Quartal, Franz und Georg Wieland. Die Behördenorganisation Vorderösterreichs von 1753 bis 1805 und die Beamten in Verwaltung, Justiz und Unterrichtswesen; Bühl/Baden 1977, Nr. 886. – Ungenaue Angaben zur vorderösterreichischen Karriere bei A. Senti, In: Biographisches Lexikon des Aargaus 1803–1957, Aarau 1958, S. 210.

unter Bezirksamtmann Fischinger, der selbstbewusst seinen Wert kannte und eine Vorliebe für klare tabellarische Darstellungen und Statistiken hatte. So befand er bei der Umfrage von 1838 für ein neues Registratursystem die von Staatsarchivar Bronner vorgeschlagene Einteilung in Realien (Sachen), Localien (Orte) und Personalien als nicht «systematisch», und die Ablage der Schriften «blos nach der Tag- und Zeitfolge» könne «vielleicht noch bei der Correspondenz eines Krämers gelten» (R01/KZ012/06). Formal könnte das dringliche Schreiben an die aargauische Regierung wegen der Wiedererrichtung der 1796 beschädigten Rheinbrücke im damaligen Jahr geschrieben worden sein: die Adresse lautet «Ad Regimen», Datum 7. Januar 1807, und beim Expeditionsvermerk steht «Den 22ten Jänner 1807 eygenhändig und mit eigenen Worten den Finanzrath an den hiesigen Brückenbau erinnert», samt vollständiger Unterschrift (BA 09.1/004). Diese Art Aktenführung erhält sich im Groben noch unter Fischingers Nachfolger Josef Stäuble (1844–1854).

Ein weiteres Resultat aus der Erschliessung des Bezirksamtes Rheinfelden wäre, abgesehen vom mehrfach erwähnten Desiderat einer Verwaltungsgeschichte, der Versuch zu einer Gruppenbiografie über die ehemals vorderösterreichischen Verwaltungsmänner und Politiker: Was und wie haben diese etwa josephinisches Aufklärungsgut in den jungen Aargau eingebracht?

Lambert Kansy und Piroska R. Máthé